

Detlef Wetzel

Erster Vorsitzender der IG Metall



1. Mai: Die Arbeit der Zukunft gestalten wir

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2015 in München

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich freue mich, heute hier bei Euch in München zu sein.

Die Gelegenheit zu Euch zu kommen, ist gerade günstig.

Denn: Noch muss ich als Siegerländer keine Ausländermaut bezahlen, wenn ich nach Bayern komme.

Wer weiß, wie lange das noch der Fall ist.

Aber heute am Internationalen Tag der Arbeit kennen wir keine Maut und keine Grenzen.

Nicht nur hier in München – sondern überall auf der Welt und über alle Grenzen hinweg – kämpfen wir Gewerkschafter heute für dieselbe Sache!

Für Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität!

Der 1. Mai ist unser Tag!

In diesem Jahr ist der 1. Mai ein ganz besonderer 1. Mai.

Denn vor genau 125 Jahren – am 1. Mai 1890 – versammelten sich Arbeiterinnen und Arbeiter zum ersten Mal, um für den Acht-Stunden-Tag zu kämpfen.

Seitdem haben wir viel erreicht. Zum Beispiel den

- Anspruch auf ausreichend Urlaub.
- Lohnfortzahlung bei Krankheit.
- Arbeitszeitverkürzung – und vieles mehr.

All das fiel nicht vom Himmel! Das haben wir gemeinsam erkämpft!

Darauf können wir stolz sein.

Und wir wollen den Kampf für mehr Gerechtigkeit fortsetzen.

Wir tun das für uns heute – und für alle diejenigen, die hier in 125 Jahren am 1. Mai auf dem Marienplatz stehen werden!

Kolleginnen und Kollegen,

die deutschen Gewerkschaften sind stark und erfolgreich.

Wir haben den Mindestlohn, die abschlagsfreie Rente mit 63, die Besserstellung von Leiharbeitern und die Mietpreisbremse durchgesetzt.

Die Arbeitgeber und Marktradikalen halten dagegen.

Sie wollen keinen Mindestlohn!

Sie wollen keine abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren!

Sie wollen keine Mietpreisbremse!

Sie wollen schwache Gewerkschaften und einen freien Markt!

Unsere Erfolge haben sie aufgeschreckt.

Ihr altes Argument, dass jeglicher Eingriff in den Markt Jobs vernichtet, der zieht nicht mehr! Das war reine Panikmache. Jetzt versuchen sie, ein anderes Pferd zu reiten.

Sie verbreiten Angst vor dem **angeblichen** Bürokratiemonster, das unsere Republik lähmen wird.

Horst Seehofer findet, die Erfassung von Arbeitszeiten sei ein „*Irrsinn an Bürokratie*“.

Haben wir das richtig verstanden, liebe Kolleginnen und Kollegen?

Das Aufschreiben von Arbeitszeit soll angeblich eine „unzumutbare bürokratische Hürde“ sein? Ich sage: Das ist blanker Unsinn!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Kreativität mancher Arbeitgeber kennt keine Grenzen, wenn es darum geht, die Beschäftigten um den Mindestlohn zu prellen.

Die halten sich für schlau, wenn sie denken:

- „Wir reduzieren einfach die Arbeitszeit und machen mehr Druck. Dann muss der Mitarbeiter die gleiche Arbeit in weniger Zeit schaffen.“

oder:

- „Weihnachts- und Urlaubsgeld rechnen wir einfach in den Grundlohn ein.“

Besonders einfallsreich ist man in der Gastronomie:

Da soll unseren Kolleginnen und Kollegen ein sogenanntes „Messergeld“ oder ein „Kleidungsgeld“ vom Lohn abgezogen werden!

Statt weniger Transparenz brauchen wir mehr Transparenz,
statt weniger Kontrolle brauchen wir mehr Kontrolle.

Und deshalb fordern wir die Regierung auf:

**Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit muss personell so aufgestockt werden,
dass die Arbeitgeber wirksam kontrolliert werden!**

Arbeitgeber, die lügen und betrügen, gehören aufgespürt und hart bestraft!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Mindestlohn war ein wichtiger Erfolg.

Die Politik soll aber nicht denken, dass sie mit ein wenig Kitt und Kleber den Scherbenhaufen reparieren kann, den sie durch ihre Arbeitsmarktreformen hinterlassen hat.

Für eine demokratische und wirklich soziale Marktwirtschaft brauchen wir noch viel mehr.

Arbeit war einmal die Quelle von Wohlstand für viele.

- Heute sagen viele: „Ich bin arm trotz Arbeit. Ich muss zum Amt gehen und aufstocken.“
- Heute heißt es: „Ich bin Leiharbeiter.
Ein Arbeiter zweiter Klasse.“
- Oder es heißt: „Ich arbeite über Werkvertrag.
Keiner vertritt meine Interessen.“

Bei der Leiharbeit sind wir durch unsere Tarifverträge einen guten Schritt weiter.

Jetzt ist es höchste Zeit, endlich auch den Missbrauch von Werkverträgen zu verhindern!

Wir dürfen jetzt nicht nachlassen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen keine Zwei- oder sogar Dreiklassen-Belegschaften.

Wir wollen einen solidarischen Arbeitsmarkt, der seinen Namen auch verdient.

Die Bundesregierung muss liefern:

Kein Missbrauch von Werkverträgen!

Keine Werkverträge als Lohndumping-Methode!

Keine Werkverträge hinter dem Rücken des Betriebsrats!

Gute, faire und sichere Arbeit muss für alle gelten!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir wehren uns mit aller Macht gegen Arbeitnehmer 1., 2. oder 3. Klasse.

Gute Arbeit muss für alle gelten. Jetzt und in Zukunft.

Wir stehen am Vorabend einer digitalen Revolution, die nahezu alle Lebensbereiche unserer Gesellschaft berührt und keinen Winkel unserer Arbeitswelt verschont!

Viele Arbeitsplätze werden sich verändern.

Die Digitale Revolution bedeutet: global vernetzte Fabriken, enge und schnelle Zusammenarbeit von Mensch und Maschine und eine neue Welle der Automation und Rationalisierung.

Dieser Prozess rollt auf uns zu, das ist keine Science-Fiction!

Im Gegenteil: Vernetzte Abläufe und flexibles Arbeiten sind für viele Beschäftigte schon zur Realität geworden.

Zum Beispiel gibt es Aufträge, die über das Internet verteilt werden. Crowdsourcing nennt man das. Arbeitnehmer können dazu dann ein Angebot abgeben. Und wer am billigsten ist, bekommt den Auftrag.

Hier wird Arbeit in einen ungeschützten Raum verlagert.

Ohne feste Arbeitsverträge, ohne feste Regeln, ohne Interessenvertretung!

Wir als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Gewerkschafter werden uns nicht mit der Zuschauerrolle zufrieden geben!

Wir wollen die Risiken minimieren. Und die Chancen nutzen.

Und zwar so, dass wir alle davon profitieren.

Auch in der neuen Arbeitswelt sind gute Arbeitsbedingungen, Tarifverträge und Mitbestimmung von höchster Priorität.

Klar ist: Der technische Fortschritt wird kommen.

Er darf aber nicht zum Rückschritt für die Beschäftigten werden!

Ich will keine Verlierer bei dieser Sache!

Ich will, dass wir alle gemeinsam die Zukunft gestalten.

Und dass wir sagen können: „So nutzt es uns allen, nicht nur einigen wenigen!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
gute Arbeitsbedingungen, das heißt auch: Gut in Rente.

Wir haben dafür gesorgt, dass die Regierung endlich wieder echte Leistungsverbesserungen beschlossen hat.

Davon profitieren rund zehn Millionen Versicherte.

Das ist keine Frage von Wettbewerbsfähigkeit oder Haushaltspolitik.

Das ist eine Frage von Gerechtigkeit und von Respekt vor einer lebenslangen Leistung.

Die Rente mit 67 lehnen wir nach wie vor ab.

Die Rente muss zum Leben reichen.

Das Rentenniveau muss stimmen.

Millionen droht in Zukunft Altersarmut, wenn die Politik hier nicht endlich umsteuert und aufhört, die Reserven der Rentenversicherung zu verpulvern.

Heute die Rente von morgen sichern – das ist nicht Aufgabe des Versicherungsmaklers von nebenan!

Und wir Gewerkschaften können zwar viel. Aber wir können nicht alles retten, was die Politiker verschlafen oder verschlimmbessern!

**Eine gute Rente – das ist in allerster Linie Aufgabe des Staates!
Das scheint so mancher Politiker vergessen zu haben.**

Doch daran werden wir sie heute lautstark erinnern, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Denn wenn man sich die Verteilung in Deutschland ansieht, stellt man fest:

Zehn Prozent aller Deutschen sind sehr reich: Diese Menschen besitzen zwei Drittel des gesamten Vermögens.

Um das noch mal klar zu machen:

Alle anderen – also 90 Prozent – teilen sich dann das letzte Drittel des Wohlstands, das da noch übrig bleibt.

Und die Zahl der Superreichen nimmt zu. Genauso wie die Armut stetig zunimmt.

**Kolleginnen und Kollegen,
das ist zutiefst ungerecht,
das ist eine Schande für Deutschland!**

Die Menschen mit mittleren und unteren Einkommen finanzieren mit ihren Steuern und mit ihrer Sozialversicherung das Gemeinwesen.

Sie kurbeln mit ihrem Konsum die Wirtschaft an.

Die Reichen, die so viel Geld haben, dass sie das gar nicht alles ausgeben können, spekulieren hemmungslos. Hemmungslos an der Realwirtschaft vorbei.

Wir wollen keinen Finanzmarkt, auf dem die sogenannte Finanzelite zockt, wie es ihr gerade in den Sinn kommt.

Die Wirtschaft ist für uns da! Und nicht umgekehrt: Wir sind nicht die Diener einer Wirtschaft, die keine Verantwortung für die Gesellschaft mehr übernimmt!

Hier sind echte Reformen überfällig:

Wir fordern, dass die Vermögenssteuer wieder eingeführt wird.

Wir fordern eine wirkungsvolle Erbschaftssteuer.

Wir fordern höhere Steuern auf Spitzeneinkommen und eine einmalige Vermögensabgabe.

Nur so erreichen wir, dass Geld zur Verfügung steht.

Geld, das unserer ganzen Gesellschaft dient, Geld, das der Staat investieren kann!

Kolleginnen und Kollegen, eins ist klar:

Ohne Investitionen wird Deutschland nicht mehr lange ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort sein.

Ein gut funktionierender industrieller Kern ist die Grundlage für Wachstum.

Ihr könntet jetzt fragen: „Wovon spricht der Mann? Uns geht es doch wirtschaftlich gut!“

Das stimmt! Wir stehen gut da, die Arbeitslosenzahlen sinken, die wirtschaftliche Entwicklung ist vergleichsweise gut.

Und gerade die Boomregion München ist in aller Munde.

Doch wie beim Fußball gilt: Ein Abo auf immer neue Siege ist das nicht.

Jupp Heynckes – den manche hier noch in guter Erinnerung haben – hat es einmal so zusammengefasst: „Die Erfolge von morgen müssen heute sorgsam vorbereitet werden.“

Für die Region München heißt das: Investitionen in Bildung und Ausbildung und in die städtische Infrastruktur sowie nicht zuletzt in den Erhalt industrieller Arbeitsplätze.

Wir beobachten derzeit in ganz Deutschland, dass

- Straßen und Brücken nicht mehr repariert,
- Schulen nicht mehr saniert,
- und Schwimmbäder geschlossen werden.

In vielen Städten und Gemeinden wird die Infrastruktur marode!

In vielen Gemeinden Deutschlands wird nur noch der Mangel verwaltet.

Im internationalen Vergleich hinken wir hinterher. Jährlich fehlen uns Investitionen in Höhe von mindestens 25 Milliarden Euro!

Wie kann es sein, dass die unternehmerischen Gewinne ständig steigen, während die Investitionen sinken?

Da fragt man sich doch: Wo ist das ganze Geld hin, dass wir Beschäftigten erwirtschaften?

Statt in die Betriebe zu investieren, schafft man das Geld lieber ins Ausland oder steckt es sich gleich selbst in die Tasche. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Krise haben wir unseren Beitrag geleistet.

Wir Gewerkschaften haben gesagt:

„Wir tun alles dafür, dass die Betriebe stabil durch die Krise kommen.“

Den Weg aus der Krise, den haben ganz klar wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestaltet und möglich gemacht!

Und heute sage ich ganz deutlich:

Jetzt sind die anderen dran!

Zurückhaltung war gestern!

Rauf mit den Löhnen!

Und zwar für alle Beschäftigten und nicht nur einen kleinen Teil!

Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen fair am wirtschaftlichen Fortschritt beteiligt werden.

Alle Beschäftigten müssen fair und gerecht für ihre harte Arbeit entlohnt werden.

Deshalb unterstützen wir die Tarifforderung der Beschäftigten im Kfz-Handwerk. Eine deutlich bessere Bezahlung ist gerechtfertigt.

Das gilt genauso für alle Erzieherinnen und Erzieher. Sie leisten Tag für Tag eine hervorragende Arbeit. Das hat mehr Anerkennung verdient! Und deshalb ist die Forderung der Erzieherinnen und Erzieher auch in dieser Höhe völlig berechtigt.

Die IG Metall und alle andere Gewerkschaften stehen an Eurer Seite!

Wir werden Euren Kampf in den nächsten Wochen unterstützen!

Darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Investitionen in Bildung, das sind Investitionen in unsere Zukunft.“

Jeder von uns hat diesen Satz schon mal irgendwo gehört.

Aber scheinbar ist der Inhalt noch nicht bei allen angekommen.

Die Arbeitgeber jammern seit Jahren über den drohenden Fachkräftemangel.

Ich wundere mich nicht darüber.

Denn in vielen Ausbildungsberufen sind die Bedingungen schlecht.

Auf der einen Seite klagen die Unternehmer über Fachkräftemangel – auf der anderen Seite bilden sie schlecht aus oder gar nicht.

In der Metall- und Elektroindustrie ist die Zahl der Ausbildungsplätze seit 1996 um 35 Prozent gesunken.

Im Fordern sind sie groß, die Unternehmen: Die Beschäftigten sollen immer schneller lernen und studieren, und außerdem immer länger arbeiten.

Ich sage: Die Arbeitgeber drücken sich vor ihrer Verantwortung!

Und ich sage: Wir brauchen dringend wieder mehr Ausbildungsplätze!

Investiert endlich mehr in die Aus- und Weiterbildung in Euren Betrieben!

Das ist Euer Job!

Bildung, Ausbildung, ein sicherer Arbeitsplatz – seit Jahren stehen die Wünsche der jungen Generation auf der Streichliste neoliberaler Politik und Wirtschaft.

Ich glaube, die wenigsten von denen können sich vorstellen, was es heißt, keinen Ausbildungsplatz zu finden.

Oder ohne reiche Eltern zu studieren.

Oder sich von einem Praktikum zum nächsten durchzuschlagen.

Eine Studie des DGB hat dazu Erschreckendes zu Tage gebracht: Hauptschüler werden in zwei von drei Fällen schon in der Lehrstellenbeschreibung ausgeschlossen.

Das ist doch frustrierend, denn das heißt doch: „Wir brauchen dich hier nicht. Du bist nichts wert!“

Die Bundeskanzlerin hat vor einigen Jahren die „Bildungsrepublik“ ausgerufen.

Unser Bildungssystem müsse „jedem die Chance auf Einstieg und Aufstieg ermöglichen“, waren ihre Worte.

Aber die Realität sieht doch so aus: Noch immer werden Kinder ganz früh mit einem Etikett versehen.

Wie Marmeladengläser: Gymnasium, Realschule, Hauptschule.

50.000! 50.000 Schülerinnen und Schüler verlassen jedes Jahr die Schule ohne einen Abschluss.

260.000! 260.000 hängen im Übergang zwischen Schule und Ausbildung in einer Warteschleife fest.

1,3 Millionen! 1,3 Millionen junge Leute (zwischen 20 und 29) haben keinen Berufsabschluss.

Es ist ein Skandal, dass seit Jahren nichts passiert!

Eine Bildungsrepublik sieht anders aus!

Ich fordere die Kanzlerin auf, ihren Worten auch Taten folgen zu lassen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Sorgen um die Zukunft der Jugend müssen wir uns nicht nur hier in Deutschland machen.

In ganz Europa wächst derzeit eine verlorene Generation heran.

Daran sollten wir die Menschen in Deutschland erinnern. Besonders am internationalen Tag der Arbeit steht die Verantwortung für Europa für uns an erster Stelle!

Die Ausmaße der Jugendarbeitslosigkeit sind erschreckend: Fast jeder vierte Jugendliche in Europa hat keinen Job.

In Griechenland, Spanien und Italien ist sogar jeder zweite Jugendliche betroffen! Die im Jahr 2013 von den EU-Regierungschefs beschlossene Jugendgarantie hat nicht viel geändert.

Ein Satire-Magazin (Der Postillon) hat sich da eine treffende Schlagzeile ausgedacht: „EU bekämpft Jugendarbeitslosigkeit durch Abwarten, bis die Betroffenen nicht mehr jung sind.“

Da bleibt einem das Lachen im Halse stecken!

Diesen Ausverkauf ...

- der europäischen Idee,
- der Gewerkschaftsrechte und
- der Demokratie zu Gunsten neoliberaler Sparkonzepte können wir nicht weiter zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Immer noch meinen viele, Kürzungen bei Löhnen und Renten seien notwendige Strukturreformen.

Aber es ist menschenverachtend, wenn auf dem Rücken der Beschäftigten, Arbeitslosen, der Kranken und Alten gekürzt wird.

Ich appelliere deshalb an Regierungen und EU-Kommission: Packt die neoliberale Abrissbirne ein.

Was wir brauchen sind Investitionen. Investitionen in

- Arbeit,
- in Infrastruktur,
- in die Umwelt,
- und in Gesundheit und Bildung.

Das ist der Weg, der zu mehr Wachstum führt und der den Menschen ein Leben in Würde ermöglicht.

Wir sagen ganz deutlich: Europa braucht einen Politikwechsel!

Europa darf nicht auf einer Politik zu Lasten der Bevölkerung beharren!

Europa darf nicht nur Nutzgemeinschaft für Banken, sondern muss eine Schutzgemeinschaft für die Menschen sein.

Dieses Zeichen müssen wir setzen!

Das ist ein wichtiges Signal der Solidarität!

Für ein anderes, für ein soziales Europa!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer durch seine Sparpolitik die Länder ausbluten lässt und dafür sorgt, dass Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte keine Bedeutung mehr haben, der darf sich nicht wundern, dass die Menschen mit Europa nichts zu tun haben wollen.

Ich gehe sogar soweit:

Der gefährdet nicht nur, der zerstört Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das ist keine Polemik.

Die Wirklichkeit hat es bewiesen: Die neoliberale Sparpolitik ist keine Lösung. Sie hat die Krise verstärkt!

Europa ist mehr denn je in Gefahr, in eine wirtschaftliche Abwärtsspirale zu geraten.
Und Europa ist mehr denn je in einem erbärmlichen Zustand!
Die bisherige Anti-Krisen-Politik hat versagt!

Die Haushaltskürzungen haben die Rezession verschärft und die Schuldenberge sogar größer werden lassen.

Wie blind müssen Politiker sein, das nicht zu sehen.

Der Sozialabbau stürzt die Menschen in Südeuropa in Elend und Not.

In Griechenland fehlen vielen Menschen ausreichende Mittel für Nahrung, Strom, Heizung und Wohnung.

Ein großer Teil der Bevölkerung hat keine Krankenversicherung mehr und bekommt nur noch in Notfällen Zugang zu ärztlicher Versorgung.

Was für eine soziale Katastrophe! Aber es ist keine Naturkatastrophe!

Das haben Menschen gemacht! Menschen, die immer noch glauben, über Kürzen beim „kleinen Mann“ käme man zu wirtschaftlichem Erfolg.

Menschen, die sagen, die einfachen Bürger Europas haben jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt und das müsse jetzt korrigiert werden.

Menschen, die die hemmungslose Zockerei auf den Finanzmärkten zugelassen haben.

Das ist doch der Skandal!

Wann haften denn endlich die Banken für die Krise?

Wann gibt es denn endlich höhere Steuern für Reiche?

Wann werden denn endlich die Steueroasen trocken gelegt?

Hier muss doch mal rangegangen werden!

Und nicht bei denen, die ohnehin schon zu wenig zum Leben haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Kolleginnen und Kollegen,
eine zweite Botschaft an die Kommission und die Regierungen Europas schicken wir gleich hinterher:

Hört auf, Eure Energie für ein Freihandelsabkommen einzusetzen, das

- unsere demokratischen Institutionen unterläuft,
- uns wirtschaftlich nicht voranbringt,
- das unsere Arbeits- und Sozialstandards sowie
- die Qualität unserer Lebensmittel gefährdet.

Die Gefahr, dass TTIP uns schadet, ist viel größer als die Wahrscheinlichkeit, dass es uns nützen könnte.

Deshalb ist klar: Dieses Freihandelsabkommen und seinen Investitionsschutz für die Kapitaleseite wollen wir nicht!

Was wir wollen, ist ein Abkommen, das allen nutzt! Wir wollen ein Europa, das demokratisch ist, in dem die Bürger mehr Mitsprache haben als die Unternehmen und Banken!

Aus der sozialen Krise in Europa ist längst auch eine politische Krise geworden. Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Unsicherheit und Abstiegsängste sind der Nährboden, auf dem braunes Gedankengut wächst.

Von Großbritannien und Frankreich über Österreich bis Ungarn und Griechenland – in allen Ländern werden die Rechten stärker und stärker.

Aber aus der europäischen Geschichte wissen wir:
Nicht gegeneinander, nur miteinander kann Europa seine Probleme lösen!

Kolleginnen und Kollegen,
wo Menschenrechte verachtet werden, stehen wir auf.

Sei es im Osten Deutschlands bei Pegida, Legida, den Freien Bürgern für Deutschland – oder wie sie nicht alle heißen.

Und im Westen Deutschlands, bei euch hier mit Mügida und Bagida.
Ihr habt das früh erkannt und direkt gehandelt. Von München ging ein wichtiges Signal aus!

Die menschenverachtende Ideologie von Rechtspopulisten und Rechtsextremen darf nicht auf fruchtbaren Boden fallen.

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus hat in unseren Betrieben und im Alltag nichts zu suchen!

Wer Fremdenfeindlichkeit schürt, gehört nicht zur deutschen Gewerkschaftsbewegung!

Wir kämpfen für eine freie, tolerante und gerechte Gesellschaft!

Kolleginnen und Kollegen,
eigentlich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass in Deutschland alle sicher und ohne Angst leben können.

Aber diese Selbstverständlichkeit ist ein Trugbild.
Rechte Gewalt bedroht immer wieder Menschenleben!

Das ist eine traurige Wahrheit, die sich auch nach 1945 durch die deutsche Geschichte zieht.

Wir erinnern uns alle an die NSU-Morde. Fünf alleine in Bayern.
Oder 1992 in Rostock-Lichtenhagen. Und dieses Jahr am Osterwochenende in Tröglitz.

Es ist zutiefst beschämend, Kolleginnen und Kollegen, dass gerade in Deutschland – mit seiner historischen Verantwortung – hilfsbedürftige Familien, um ihr Leben fürchten müssen.

**Der Brand von Tröglitz war eine Schande.
Aber die deutsche Asylpolitik ist es auch!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
das gilt nicht nur für die Außengrenzen Deutschlands.

Es ertrinken tausende von Menschen, weil Europa die neun Millionen Euro nicht ausgeben will, die die inzwischen eingestellte Rettungsaktion „Mare Nostrum“ gekostet hat.

Die Rettung der Bank Hypo Real Estate hat die deutschen Steuerzahler um die 20 Milliarden Euro gekostet, das sind etwa 185 Jahre Mare Nostrum!

Bei der Bankenrettung schmeißen wir mit Geld um uns, aber wenn es um Menschenleben geht, da zücken wir den Taschenrechner.

Die deutsche und europäische Politik versteckt sich hinter Ressentiments der Bürger, die sie selbst schürt mit ihrer Abwehrpolitik.
Heute rufen wir den Verantwortlichen zu:

**Hört endlich auf mit dieser Panikmache vor Flüchtlingsströmen!
Wenn Euch Humanität noch irgendetwas bedeutet, dann lasst Euren
Beileidsbekundungen endlich Taten folgen!**

Kolleginnen und Kollegen,
125 Jahre 1. Mai hier in Deutschland, das sind leider keine 125 Jahre ohne Schattenseiten.

Der 1. Mai wurde im Dritten Reich als staatlich verordneter „Feiertag der Nationalen Arbeit“ als Kulisse für Paraden und Aufmärsche brauner Nazischerger missbraucht. Und doch gelang die Übernahme des alten Feiertags der Arbeiterbewegung nie vollständig.

Bis 1945 kam es immer wieder zu Aktionen von Oppositionellen.

Im Gedenken an diese mutigen Widerstandskämpfer sind 125 Jahre erster Mai auch 125 Jahre Beteiligung für die gute Sache! Und dieser Kampf endet nicht!

Wir haben Herkules-Aufgaben vor uns, wenn wir gesellschaftliche Solidarität, Gute Arbeit und ein soziales Europa wollen!

Manchmal fragt man sich: Wer soll das alles durchsetzen, wer hat die Kraft und den Mut? Darauf gibt es nur eine Antwort: Wir!

Wir als Bürger, als Beschäftigte und Gewerkschafter.

Wir, die nicht nur meckern, sondern mitgestalten.

Euch bitte ich: Helft auch anderen dabei, sich einzubringen. Nur so können wir die Demokratie in den Betrieben und in der Gesellschaft wieder mit Leben füllen.

Lasst uns zusammen streiten, damit wir unser Ziel erreichen:

„Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!“

Für faire Löhne – **gegen** Lohndumping!

Für sichere Jobs – **gegen** prekäre Beschäftigung!

Für gute Arbeit – **gegen** Arbeit, die krank macht!

Für Selbstbewusstsein bei der Arbeit – **gegen** Stillhalten.

Für Toleranz – **gegen** Hass und Rassismus.

Für ein geeintes Europa – und **gegen** eine Spaltung der Nationen.

Vielen Dank!